

„Entwürfe hinken bestehenden Standards hinterher“

Inklusion: Schule-Personalräte aus dem Kreis fordern Kultusministerin Henzler auf, die geplante Verordnung zurückzuziehen

Region Hanau (pm/upn). Über 60 Personalräte und Vertrauensleute aus Schulen im Main-Kinzig-Kreis üben heftige Kritik an der Art wie die Kultusministerin Dorotea Henzler die UN-Behindertenkonvention in Hessen umsetzen und Lehrkräfte weiter belasten will. Sie fordern eine Rücknahme der Verordnungsentwürfe von der Kultusministerin.

„Das Land Hessen ist verpflichtet, die UN-Behindertenkonvention zur inklusiven Bildung von geistig oder körperlich behinderten Kindern aber auch von Kindern mit Bedarf an sonderpädagogischer Förderung wegen anderer Beeinträchtigungen umzusetzen“, stellt der Vorsitzende des Kreisverbandes Hanau der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Heinz Bayer fest. „Dennoch hat die Landesregierung einen Verordnungsentwurf zur sonderpädagogischen Förderung vorgelegt, der sogar weit hinter die bislang geltenden Standards für den gemeinsamen Unterricht zurückfällt.“ Die Teilnehmer des

Treffens von Personalräten und Vertrauensleuten im DGB-Jugendheim in Hanau waren sich einig, dass Inklusion unter den von Ministerin Henzler vorgesehenen Bedingungen nicht gelingen könne.

Bisher war unstrittig, dass gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern kleine Klassen erfordert – 20 Kinder galt als Obergrenze. Die neue Verordnung sieht keine Klassenhöchstgrenzen mehr vor. Unstrittig war auch, dass die Zahl der Kinder mit festgestelltem Förderbedarf in einer Klasse begrenzt werden muss. Die notwendige Begrenzung auf drei bis vier Kinder mit Behinderungen pro Klasse soll in Zukunft ebenfalls entfallen. Auch die Zahl der unbedingten erforderlichen Förderstunden werde drastisch zusammengestrichen: Statt wie bisher je nach Fall mindestens fünf aber auch bis zu zehn Lehrerstunden pro Kind sind in der neuen Verordnung nur noch vier Lehrerstunden vorgesehen. „Die UN-Konvention verlangt, dass Men-

schen mit Behinderung innerhalb des allgemeinen Bildungssystems die notwendige Unterstützung geleistet wird. Davon kann bei den in der neuen Verordnung vorgesehenen Rahmenbedingungen ganz und gar keine Rede sein“ stellt der Vorsitzende des Gesamtpersonalrates der Lehrer für den Main-Kinzig-Kreis, Klaus-Dieter Leetz, fest.

Nach der Überzeugung der am Treffen beteiligten Personalräte und Vertrauensleute wird bei diesen Bedingungen den Kindern die notwendige Förderung vorenthalten. „Dadurch werden behinderte Kinder um ihren Anspruch auf inklusive Beschulung betrogen. Zusätzlich wird ausbleibende Förderung in vielen Fällen auch negative Auswirkungen auf das Klima und das Lernverhalten der gesamten Klasse haben.“ stellt eine der Teilnehmerinnen fest und berichtet, dass ihre Arbeitsbelastung durch „runde Tische“, die notwendigen Koordinationen mit Förderschulkräften und Integrationshelfern, durch häufigere

und intensivere Elterngespräche, die notwendigen Förderpläne und die Teilnahme an Förderausschüssen enorm steigt. Hier fordern die Teilnehmer einhellig eine Entlastung, um diese Arbeiten zusätzlich zu der bisher schon sehr hohen Arbeitsbelastung leisten zu können.

Stattdessen plant das Kultusministerium in einem Entwurf einer neuen Pflichtstundenverordnung neben anderen Verschlechterungen die Streichung von Wochenstunden, die ständig zwischen verschiedenen Schulen hin und her pendelnden Lehrkräften bisher zusteht.

Die Teilnehmer des Treffens aus den Schulen im Main-Kinzig-Kreis fordern die Kultusministerin auf, neue Verordnungsentwürfe vorzulegen, die einen der UN-Behindertenkonvention entsprechenden inklusiven Unterricht ermöglichen und die Belastung der hessischen Lehrkräfte von einem bundesweiten Spitzenplatz auf ein normales Maß senken, heißt es in der Pressemitteilung abschließend.

HA: Mi, 09.11.2011